



Liebe Lipperinnen und Lipper, liebe Leserinnen und Leser,

die parlamentarische Sommerpause ist vorüber. Wir starten in einen heißen Herbst - nicht nur temperaturtechnisch.

Agenda diese Woche: Der Bundeshaushalt 2024 und das Gebäudeenergiegesetz. Letzteres begleitet uns schon länger. Das Bundesverfassungsgericht hatte den Gesetzgebungsprozess vor dem Sommer gestoppt, weil nicht genügend Zeit für Beratungen war und die Ampel mit der Brechstange das Gesetz durchboxen wollte - wissend, dass der Großteil der Bevölkerung Sturm läuft. Nun sind Wochen vergangen und das Ergebnis der Beratungen innerhalb der Ampel ist, dass sie denselben Gesetzesentwurf noch einmal zur Abstimmung vorlegt. Ich finde das persönlich respektlos - dem Parlament gegenüber, aber auch den vielen betroffenen Bürgerinnen und Bürgern, die nun die Lasten dafür werden tragen müssen. Und der Haushalt? Nichts zu spüren von Zeitenwende. Dabei ist viel Geld da. Wir stellen aber immer wieder fest, dass wir weniger ein Einnahmenproblem haben, als ein Ausgabenproblem. Es wird munter gekürzt ohne ein klares Konzept. Besonders betrifft das einen Punkt: die nationale Sicherheit und damit die Bundeswehr. Für den laufenden Betrieb wird sich aus dem Topf des Sondervermögens bedient, mit der Aussicht, dass die Bundeswehr in wenigen Jahren noch blanker dasteht, als bereits jetzt. Zum Verteidigungsetat durfte ich in dieser Woche auch eine [Rede](#) halten. Zudem erstickt Deutschland in Bürokratie, wobei das Heizungsgesetz und die Kindergrundsicherung noch einen drauf setzen. Viele dieser Themen, die sich natürlich in einer Haushaltswoche ballen, habe ich auch bei meiner Sommertour durch den Wahlkreis immer wieder gehört und diskutiert. Besonders die Unternehmer in Lippe haben einen veritablen Praxisblick. Ihre Forderungen sind deutlich und nachvollziehbar. Weiter unten mehr dazu.

Es bleibt spannend und wir werden nicht müde werden, uns für die Belange der Bevölkerung einzusetzen. Die Menschen haben es verdient, gehört zu werden - und

zwar, bevor übereilt und konzeptlos entschieden wird.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre und Eure
Kerstin Vieregge



7 PROZENT MEHRWERTSTEUER ERHALTEN

Seit Monaten läuft die Diskussion um den Erhalt der 7 Prozent Mehrwertsteuer auf Speisen im Restaurant. Zu Coronazeiten als Puffer eingeführt, um die Folgen durch die pandemiebedingten Schließungen abzufedern, sollte sich der 7-prozentige Mehrwertsteuersatz verstetigen - wenn man den Worten des Kanzlers folgt. Aber die Ampel sieht es nun schon länger anders. Zum 1. Januar sollen die 19 Prozent wieder gelten. Führende Verbände wie der DEHOGA haben Kampagnen gestartet. Gastronomen landauf landab sind in Not. Denn sie wissen, dass ihnen nichts anderes übrigbleiben wird, als die Erhöhung direkt an den Kunden weiterzugeben, der bereits jetzt schon sparsamer mit Restaurantbesuchen umgeht. Der ohnehin bereits teure Restaurantbesuch wird noch einmal teurer. Ein Luxusproblem? Mitnichten! Denn Restaurants und Kneipen haben eine ungeheuer wichtige Funktion. Sie bringen Menschen zusammen. Geselligkeit, Austausch, gemeinsamer Genuss und noch vielmehr. Die Gastronomie ist ein wichtiger Wirtschaftszweig. Das wird man dann merken, wenn er abstirbt, denn das ist die Folge. Zehntausende Existenzen stehen vor dem Aus. Innenstädte veröden, der ländliche Raum vereinsamt. Wir setzen als UNION alles daran, uns für die Gastronomie einzusetzen. Je länger die Ampel braucht, um vielleicht doch noch das Ruder rumzureißen, umso mehr schmilzt die Planungssicherheit der Unternehmen dahin.

[Mehr dazu...](#)



LANDESGRUPPE NRW ERARBEITET KONZEPT FÜR WOHNUNGSPOLITIK

Die Landesgruppe Nordrhein-Westfalen der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag hat bei ihrer Klausurtagung am 28./29. August 2023 in Münster einen 10-Punkte-Plan verabschiedet, mit dem sie die dramatisch wachsenden Probleme auf dem Wohnungsmarkt lösen möchte. Unter dem Titel „Wohnen zwischen Eigentumsbildung und neuer sozialer Frage“ sieht die „Münsteraner Erklärung“ vor allem drei Stellschrauben vor, an denen sich aus Sicht der CDU-Landesgruppe NRW entscheiden wird, ob es zukünftig noch genügend bezahlbaren Wohnraum für alle geben wird:

1. die Ausweitung der Akteure, die am Wohnungsmarkt investieren, d.h. zum Beispiel der Deutschen Rentenversicherung wieder Investitionen ermöglichen. Sie muss die Möglichkeit bekommen, einen Teil der Nachhaltigkeitsrücklage und der Versorgungsrücklage für die Pensionen in den gemeinnützigen Wohnungsbau zu investieren. Außerdem muss Genossenschaftliches Wohnen, etwa in kommunaler Hand, durch Vorkaufsrechte und preisgünstige Veräußerung öffentlicher Liegenschaften im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel stärker gefördert werden.
2. konkrete Maßnahmen für besonders vulnerable Gruppen (Menschen mit geringem Einkommen, Familien mit Kindern, junge Menschen in Ausbildung und Studium sowie alte Menschen). Wer zum Beispiel selbst einen Beitrag leistet zur klimagerechten Modernisierung und zu mehr Nachhaltigkeit, soll stärker unterstützt werden, etwa durch die Möglichkeit von praxisnah ausgestalteten, degressiven Sonderabschreibungen (AfA). Von einem grundlegenden Wechsel vom Baustandard EH55 auf EH40 raten wir aufgrund des geringen Zusatznutzens für das Klima und der hohen Baukosten ab.

3. die Vereinheitlichung und Vereinfachung baulicher und genehmigungsrechtlicher Anforderungen, um etwa auch serielles Bauen über Ländergrenzen hinweg zu ermöglichen. Einzelne DIN-Normen müssen dafür in den Bauordnungen überprüft werden. Im Sinne eines Wettbewerbs im deutschen Föderalismus ist die NRW-Initiative der Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung, Ina Scharrenbach, zu begrüßen, die Mindeststandards bei Vorschriften und technischen Baubestimmungen des Landes praxisnah auf ein Mindestmaß zu reduzieren.

[Hier geht's zur Münsteraner Erklärung...](#)

MELDUNGEN AUS UND FÜR LIPPE



MEINE SOMMER-ZUHÖR-TOUR DURCH LIPPE

Meine Sommertour durch Lippe hat erneut offenbart: die schlechte Stimmung im Land ist keine kurzzeitige, vorübergehende Laune. Die Menschen sind in höchstem Maße verunsichert, quer durch die Gesellschaft. In Industrie, Dienstleistung, Verwaltungen, Bildungseinrichtungen sind Wut und Ohnmacht zu spüren angesichts der schwächelnden Wirtschaft und einer Regierung, die unser Land nicht aufbaut, sondern lähmt.

In der Bundestagsfraktion arbeiten wir an den Lösungen, nehmen Sorgen, Ideen, konkrete Ansätze auf und entwickeln Strategien, Alternativen, Pläne. Unsere Arbeit ist sichtbar und gut, doch wir müssen lauter werden! Unternehmer, Handwerker, Selbständige, Hauseigentümer, alle, die morgens zur Arbeit gehen, sollen wissen, dass wir für sie kämpfen, weil sie unentbehrlich sind.

Was die lippischen Unternehmen wollen und konkret von der Politik erwarten:

Bürokratieabbau

Gut ausgebildete Fachkräfte

Kurze Genehmigungsverfahren

Planungssicherheit

Bezahlbare Energieversorgung – auch aus Atomkraft
Freiheit bei unternehmerische Entscheidungen
Klare strategische Ziele der Politik
Ausbau von Infrastruktur – auch Straßen
Augenmaß in der Gesetzgebung
Digitalisierungsturbo



Landwirt Dieter Hagedorn: „In der Landwirtschaftspolitik geht es nur noch um CO2-Bilanzen statt um den Doppelzentner Weizen.“



Apotheker Christian Schmidt: „Die Produktion der 500 wichtigsten Medikamente muss zurück nach Europa“



Brasseler-Chef Stephan Köhler: „Die vorgeschriebenen Regularien zur Produktkennzeichnung kosten uns 20 Tonnen Papier, die wir bei digitaler Kennzeichnung einsparen könnten.“



Brasseler-Chef Stephan Köhler: „Die vorgeschriebenen Regularien zur Produktkennzeichnung kosten uns 20 Tonnen Papier, die wir bei digitaler Kennzeichnung einsparen könnten.“



Gundlach-Chef Paul von Schubert: „Nachhaltige, wettbewerbsfähige Produkte entstehen nicht durch Verbote, sondern durch zielgenau geförderte Forschung & Entwicklung.“



Pflegeschule Lippe: „Durch zu kurze Fristen für neue Anforderungen an Dozenten im Pflegebereich entsteht ein Nadelöhr in der Pflegeausbildung.“



Gefragt wie nie – die Verbraucherzentrale. Alles, was in der Politik schief läuft, kommt hier an.

Immer informiert mit Vieregge.

Herzlich Willkommen zu meinem Newsletter.

Mein Name ist **Kerstin Vieregge** und ich vertrete den Wahlkreis 135 und die Region Lippe in Berlin als erfahrene Bundestagsabgeordnete.

Gerne biete ich Ihnen mehr Informationen über mich, meine Arbeit in Berlin und im Wahlkreis sowie über die gesamte Region Lippe an.



Copyright © 2023 Kerstin Vieregge MdB, All rights reserved.

Datenschutzhinweis:

<http://www.kerstin-vieregge.de/datenschutz>

Sie möchten Ihre Daten ändern zum Newsletterversand?

Sie können Ihre persönlichen Daten ändern oder sich vom Newsletter abmelden.

